

Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2003)
Heft: 5

Artikel: Erfolgreiche Zusammenarbeit
Autor: Rösler, Wiebke / Setz, Werner / Hadorn, Patrick
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-640448>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEBÄUDE

Erfolgreiche Zusammenarbeit

Für Massnahmen im Energiebereich sind in erster Linie die Kantone verantwortlich. Wie nehmen sie ihren Auftrag wahr?

Am Anfang war das Feuer. Das Feuer in der Höhle, in der Hütte, im Haus. Das Feuer zum Schutz vor wilden Tieren, das Feuer zum Braten und Konservieren von Nahrungsmitteln, das Feuer, vor allem, zum Heizen.

Am Anfang war es ein offenes Feuer, später brannte es mitten im Wohnraum, mit beschränktem Erfolg. Ein Sprichwort aus dem 11. Jahrhundert: «Die drei schlimmsten Beschädigungen eines Hauses sind ein undichtes Dach, ein böses Weib und Rauch im Haus.»

So war Haustechnik schon früh angesagt. Backsteine und Ziegel verbesserten die Isolationsfunktion der Gebäudehülle bereits zur Römerzeit. Der Schornstein sorgt seit dem Mittelalter für Rauchabzug und bessere Luftzirkulation. Stein- oder Kachelöfen speicherten die Wärme im Kern des Gebäudes. Aber damit hatte es sich für Jahrhunderte.

Zentralheizungen kamen erst im letzten Jahrhundert auf. Bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein heizte man auch vornehmlich mit Holz; Holzklaue galt als verbrecherischer Frevel. Nachfolger Kohle machte dem Öl erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Platz – weil es billiger wurde.

Umsturz. Den Umsturz im Bewusstsein besorgte die erste Ölkrise zu Beginn der 70er-Jahre. Sie wirbelte den Gedanken des Energiesparens und der Nutzung nichtfossiler Energie in die Köpfe ganzer Nationen. Allerdings: Mass-

nahmen beim Wohnkomfort standen nicht im Vordergrund. Gespart werden sollte vorerst bei der Mobilität, mit weniger benzindurstigen Fahrzeugen, mehr öffentlichem Verkehr und Sonntagsfahrverboten.

Bei den Gebäuden waren Gewohnheitsänderungen schwieriger durchzusetzen. Erst mit der Einführung gesetzlicher Vorgaben auf Bundes- und Kantonsebene und von Normen wurde auch der Stand der Technik der Gebäude verbessert. Da ein Haus für mehrere Jahrzehnte konzipiert wird, ist eine energetisch gute Gebäudehülle von eminenter Bedeutung. Neue Lebensgewohnheiten bremsen jedoch die gewünschten Spareffekte – vor allem der höhere Wohnraumbedarf und die wachsende Zahl der Haushalte. Die beheizte Wohnfläche nahm von 1990 bis 2000 um 16 Prozent zu. Sanierungen und Neubauten verbesserten die Energieeffizienz pro Quadratmeter indes bloss um 10 Prozent.

Heute beanspruchen Gebäude rund 45 Prozent des schweizerischen Energieverbrauchs, vor allem als Heizöl, Gas und Elektrizität. Das macht deutlich, wie zentral Massnahmen auf dem Wohnbereich für die Erreichung der gesetzlich vorgegebenen Energiespar- und CO₂-Reduktionsziele sind. Das Sparpotenzial ist riesig: Häuser aus den 50er- und 60er-Jahren verbrauchen 20 Liter Öl für Heizung und Warmwasser (pro m² Wohnfläche und Jahr), Neubauten seit 1990 11. Das ist weit entfernt vom heute technisch möglichen MINERGIE-Standard von 4 Litern.

Gesetze. Der sparsame Umgang mit Energie im Gebäudebereich ist noch gar nicht so lange Gegenstand gesetzlicher Regelungen: Der *Energieartikel* (BV 89) der schweizerischen Bundesverfassung gilt seit dem 18. April 1999. Im sel-

ben Jahr trat das eidgenössische *Energiegesetz* in Kraft. Beide übertrugen den Kantonen mehr Kompetenzen und Aufgaben insbesondere im Gebäudebereich. Auch die *Kantone* haben den sparsamen Umgang mit Energie relativ spät geregelt. Das erste kantonale Energiegesetz wurde im Jahre 1980 im Kanton Baselland angenommen – Kaiseraugst liess grüssen.

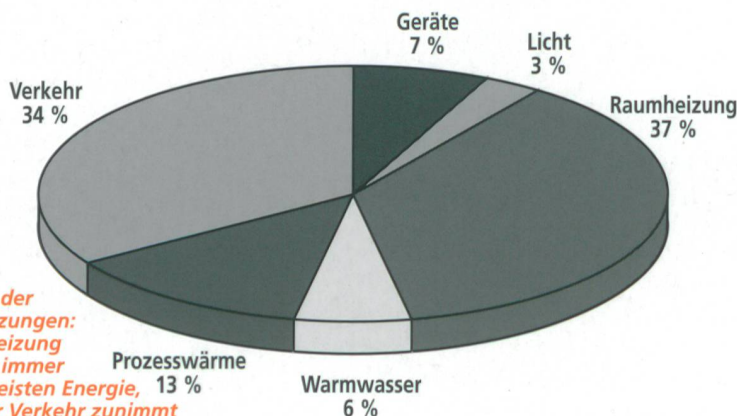
Seit der Einführung der Bundesbeiträge haben die Kantone ein vitales Interesse daran, mit Energiegesetzen eine der Voraussetzungen für die Ausschüttung von Bundesgeldern zu erfüllen. Der Bund unterstützt heute kantonale Förderprogramme mit Globalbeiträgen (maximal zur Hälfte). Der Hintergedanke: Die Kantone kennen die lokalen Bedürfnisse besser und besitzen einen engeren Kontakt zu ihrer Bevölkerung.

Zusammen. «Insgesamt kann die Energiepolitik im Gebäudebereich als gelungenes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen gelten», versichert Nicole Zimmermann, Leiterin *Sektion Öffentliche Hand und Gebäude* beim Bundesamt für Energie (BFE). Die Aufgabenteilung ist im Energieartikel 89 der Bundesverfassung zwar etwas offen formuliert («Für Massnahmen, die den Verbrauch von Energie in Gebäuden betreffen, sind vor allem die Kantone zuständig»), hat sich aber «gut eingespielt», so Thomas Jud, Mitarbeiter von Nicole Zimmermann, der sich speziell der Zusammenarbeit mit den Kantonen (zudem der Umsetzung von *EnergieSchweiz* in den Gemeinden) widmet.

Die Kantone verfügen mit der *Energiedirektorenkonferenz* (EnDK), der schweizerischen und vier regionalen *Energiefachstellenkonferenzen* (EnFK) über sehr aktive Gremien; Ansprechpartner beim Bund ist das Bundesamt für Energie. Konkret mit dem Bereich beschäftigt sind neben Nicole Zimmermann und Thomas Jud in erster Linie Andreas Eckmanns, Bereichsleiter *Gebäude*, und Stefan Wiederkehr, Verantwortlicher für die Marktbereiche *Warmwasser* und *Infrastrukturanlagen* (Kehrichtverbrennung, Abwasserreinigung und Wasserversorgungen).

Strategie. An der ausserordentlichen Generalversammlung der EnDK vom 26. Januar 2001 verabschiedeten die Kantone ihre Strategie im Rahmen des energiepolitischen Programms *EnergieSchweiz*. Sie brachten damit klar zum Ausdruck, dass sie an einer aktiven und nachhaltigen Energiepolitik interessiert sind.

Die Kantone wollen ihre Tätigkeiten in erster Priorität auf die Senkung des Energiebedarfes im Gebäudebereich und in zweiter Priorität auf die höchstmögliche Deckung des Restbedarfes mittels Abwärme und erneuerbare Energien konzentrieren. Die Gesamtstrategie zur Erreichung der Ziele von *EnergieSchweiz* im Gebäudebereich wird in der *Gebäude-Strategie EnergieSchweiz* zusammengefasst (vgl. Seite 3).



Aufteilung der Energienutzungen: Die Raumheizung verbraucht immer noch am meisten Energie, obwohl der Verkehr zunimmt (gesamtschweizerische Zahlen).



Die Energiefachstellenkonferenz tagt jährlich zwei Mal, einmal in Bern und einmal bei einem Kanton. An der letzten Sitzung besichtigten rund drei Dutzend Teilnehmer am 12. September die Windanlage Gütsch bei Andermatt.

Förderprogramme. Laut den Artikeln 13 und 15 des Energiegesetzes sollen die Kantone die Globalbeiträge für Massnahmen zur sparsamen und rationellen Energienutzung sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien und von Abwärme einsetzen. 2003 schüttete der Bund 14 Mio. Franken (Vorjahr: 13 Mio. Fr.) an Globalbeiträgen aus, und zwar an die Kantone mit eigener Energiegesetzgebung, einem kantonalen Förderprogramm und entsprechendem Kredit. Auf einen Franken Bundesbeitrag legen die Kantone dabei noch an die vier eigene drauf (43,2 Mio. Fr.). Insgesamt stehen den Kantonen für energetische Fördermassnahmen im Jahr 2003 Fr. 7.74 pro Einwohner zur Verfügung.

Am meisten Bundesgelder gelangten dieses Jahr an Basel-Stadt (1,62 Mio. Fr.), Bern (1,57 Mio. Fr.) und Waadt (1,35 Mio. Fr.). Die Kantone Obwalden und Schwyz erhielten wegen fehlender Förderprogramme keine Globalbeiträge des Bundes. Von der gesamten Fördergeldsumme (Bund + Kantone) im Umfang von 56,2 Mio. Fr. für das Jahr 2003 sind gut die Hälfte (28,7 Mio. Franken) für die rationelle Energienutzung, 24 Mio. Franken für erneuerbare Energien und 3,5 Mio. Franken für die Abwärmenutzung budgetiert.

Was die 56,2 Mio. Franken im Jahr 2002 konkret bewirkt haben, ergab eine im Auftrag des

Bundesamtes für Energie erstellte *Wirkungsanalyse*. Erstaunliches Resultat: eine Einsparung von 4820 Gigawattstunden (über die Lebensdauer der Massnahmen gemessen), ein Zuwachs von 170 Mio. Franken an Investitionen, ein Beschäftigungsplus von 900 Personenjahren und eine jährliche Reduktion von 68 000 Tonnen CO₂! Am stärksten gefördert wurden im Berichtsjahr 2002 die Holzenergie, Verbesserungen an der Gebäudehülle bei Neubauten und Sanierungen (MINERGIE, Hülle, Komponenten) und die Sonnenkollektoren. Fazit: Mit einer Steigerung der Förderung um 33 Prozent erzielten die Kantone eine um 42 Prozent höhere Sparwirkung als 2001!

Harmonisierung. Die Kantone sind bemüht, ihre energiepolitischen Massnahmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu harmonisieren. Im Gebäudebereich – der eigentlichen Domäne der Kantone – schreibt das eidgenössische Energiegesetz diesen vor, günstige Rahmenbedingungen für die sparsame und rationelle Energienutzung sowie die Nutzung erneuerbarer Energien zu schaffen.

Erreicht wird die schrittweise Harmonisierung durch geeignete Grundlagen wie die *Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MUKEn)* und das harmonisierte *Fördermodell der Kantone (HFM)*. Die Mustervorschriften beinhalten 10 so genannte *Module*: das Basismodul sowie die Module *Erweiterte Anforderungen an Neubauten*, *Verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung (VHKA)* in bestehenden Bauten, *Bedarfsnachweis für Kühlung und/oder Befuech-*

BUND, KANTONE, GEMEINDEN

Die Gebäude-Strategie von EnergieSchweiz

Die Gebäude-Strategie von EnergieSchweiz ist ausgerichtet auf die Ziele einer aktiven und nachhaltigen Energiepolitik.

■ Der **Bund** fördert mittels angewandter Forschung und Entwicklung neue Erkenntnisse und Techniken auf den Fachgebieten Gebäudesysteme/-hülle, Haustechnik. Mit Pilot- und Demonstrationsanlagen und gezielter Information sorgt er für eine Verbreitung der neuen Erkenntnisse im Markt. Mit den normenschaffenden Fachverbänden des Baugewerbes setzt er sich für den Fortschritt des Standes der Technik und die Weiterentwicklung von Gebäudestandards in Richtung Nachhaltigkeit ein.

■ Die **Kantone** nehmen ihre Verantwortung im Gebäudebereich durch eine aktive eigene Strategie im Rahmen von *EnergieSchweiz* wahr (siehe Schwerpunktartikel).

■ Die **Gemeinden** sind in den meisten Kantonen zuständig für Umsetzung und damit für die Wirksamkeit kantonalen Energiegesetzes. In den meis-

ten Kantonen haben sie einen beträchtlichen Handlungsspielraum für eine eigenständige kommunale Energiepolitik. Sie werden dabei unterstützt mit dem Ende der 80er-Jahre von Umweltorganisationen gebildeten Label *Energiestadt*. Über 90 Energiestädte sind bereits zertifiziert.

■ Der von den Kantonen entwickelte **MINERGIE-Standard** ermöglicht grosse Energieeinsparungen bei gleichzeitiger Komfortsteigerung. Er soll möglichst rasch und umfassend für Neu- und Umbauten eingesetzt werden durch die konsequente Anwendung in öffentlichen Gebäuden von Bund, Kantonen und Gemeinden, durch die kantonalen Förderprogramme und freiwillige Massnahmen.

■ Die Verbreitung der **erneuerbaren Energien** wird durch die Agentur für erneuerbare Energien (AEE) und die ihr angeschlossenen Netzwerke koordiniert und unterstützt.

■ Zur Reduktion von CO₂-Emissionen bei Industrie-, Gewerbe und Dienstleistungsbauten sollen entsprechende **CO₂-Zielvereinbarungen** abgeschlossen werden.

■ Zur Steigerung der Energieeffizienz in **öffentlichen Bauten** wurde der Verein für Energie-Grossverbraucher öffentlicher Institutionen *energho* gegründet. Er bietet Energie-Grossverbrauchern Dienstleistungen zur Verminderung ihres Betriebsenergieverbrauchs an.

■ Unter Beteiligung des BFE verstärkt der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) im Rahmen von *EnergieSchweiz* seine **Normentätigkeit** im Energiebereich.

■ Weil die Ziele im Gebäudebereich mit freiwilligen Massnahmen alleine bei weitem nicht erreichbar sind, können zusätzliche **Vorschriften** zur Förderung energieeffizienter Technologien und erneuerbarer Energien auf Kantons- und Bundesebene notwendig werden. Zudem sieht das CO₂-Gesetz vor, dass der Bundesrat ab 2004 eine CO₂-Abgabe auf fossilen Brenn- und Treibstoffen einführen kann. Der Abgabesatz wird umso höher, je weniger die freiwilligen Massnahmen und die Vorschriften wirken.

tion, Ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen, Elektrische Energie (SIA 380/4), Heizungen im Freien und Freiluftbädern, Grossverbraucher, Ausführungsbestätigung und Energieplanung.

Am 24. August 2000 hat die EnDK die von der EnFK ausgearbeiteten *Mustervorschriften* verabschiedet. Die meisten Kantone haben bereits einzelne Module in ihre Energiegesetze aufgenommen. 15 Kantone (54 Prozent der Schweizer Bevölkerung) wählten das Basismodul. Bereits 8 Kantone haben zudem das Modul 2 in ihrer Gesetzgebung verankert. Es schreibt den Einsatz von maximal 80 Prozent fossiler Energie zur Deckung des Energiebedarfs in Neubauten vor, d. h. eine bessere Gebäudehülle und/oder die vermehrte Nutzung von erneuerbaren Energien.

Aufgrund der Strategie der Kantone im Rahmen des Programms *EnergieSchweiz* wurde auch ein Modell für die Harmonisierung der kantonalen Förderprogramme entwickelt. Dieses belässt den Kantonen einen Spielraum für die Berücksichtigung ihrer Finanzkraft und für individuelle Schwerpunkte. Damit wurden die Voraussetzungen zur Harmonisierung der kantonalen Förderprogramme geschaffen. Das Modell wurde von der EnDK am 28. August 2003 verabschiedet.

Werkzeuge. Klarer Favorit unter den Tools zur Durchsetzung einer energiewirksameren Ge-

Vorbilder

Die Kantone sind sich auch ihrer Vorbildfunktion bewusst: Besonders streng sind sie darum beim Bau resp. Umbau eigener Gebäude. Über zwei Drittel aller Kantone sind zudem Mitglied des Vereins für Energie-Grossverbraucher öffentlicher Institutionen (*energho*) und kontrollieren ihren Energieverbrauch vorbildhaft scharf. Dem Verein gehören auch Spitäler sowie die Grossverbraucher des Bundes an. Der Bund hat aufgrund einer Motion der Kommission für öffentliche Bauten ebenfalls den MINERGIE-Standard als Ziel für Bundesbauten eingeführt.

bäudepolitik ist der so genannte MINERGIE-Standard. 1998 von den Kantonen Bern und Zürich mit der Gründung des gleichnamigen Vereins lanciert, erfreut sich das Label in der Baubranche eines guten Rufs. Andreas Eckmanns: «Das Interesse wächst. Im Kanton Zürich ist bereits rund ein Viertel des Neubausvolumens nach MINERGIE zertifiziert.» Insgesamt 2500 Gebäude sind bislang zertifiziert worden. Dabei lässt sich ein Trend zu Mehrfamilienhäusern und Dienstleistungsgebäuden feststellen.

Eine dichte Hülle, eine gute Wärmedämmung, ein aktives Belüftungssystem und kompakte Geometrie sind die wichtigsten Merkmale energierationeller Gebäude. Es sind auch die vier wichtigsten Kriterien für den MINERGIE-Standard.



Wiebke Rösler, stellvertretende Leiterin Stadtbauten Bern:
«Wir versuchen möglichst viele unserer Liegenschaften nach dem MINERGIE-Standard zu sanieren. Das ist der Beitrag der Stadt Bern an die Energiesparziele des Bundes. Darüber hinaus sind wir überzeugt, dass sich die zusätzlichen Investitionen mittel- und langfristig finanziell lohnen. Wer weiss schon, wie sich die Energiepreise entwickeln? Ein gutes Beispiel für eine gelungene Sanierung ist das Altersheim Schöneegg, das 2002 mit dem MINERGIE-Preis des Kantons Bern ausgezeichnet wurde.»

Das von der EnFK und *EnergieSchweiz* herausgegebene Merkblatt *Sanieren nach Mass* fasst Wirkungen und Vorteile einer energetisch optimalen Sanierung so zusammen:

■ Wände, Dach und Fenster: «Optimal wärmedämmte Aussenwände, Dachflächen und Fenster sorgen dank warmen und trockenen Innenflächen für ein angenehmes Raumklima. Dies senkt gleichzeitig den Energieverbrauch und erhöht den Wohnkomfort. Bauschäden können verhindert werden, was zur Werterhaltung des Gebäudes beiträgt.»

■ Heizung: «Richtig bemessene Heizsysteme reduzieren die Energieverluste und tragen zur

Schonung der Umwelt bei. Sie sind zuverlässig und benötigen wenig Unterhalt. Tiefe Heizkosten sind die Folge.»

■ Warmwasser und Lüftung: «Sonnenenergie und andere erneuerbare Energien liefern jederzeit genügend Warmwasser. Sie verringern die Umweltbelastung. Wird ein kontrolliertes Lüftungssystem eingebaut, erreichen Sie ein angenehmes Raumklima und mehr Wohnkomfort.»

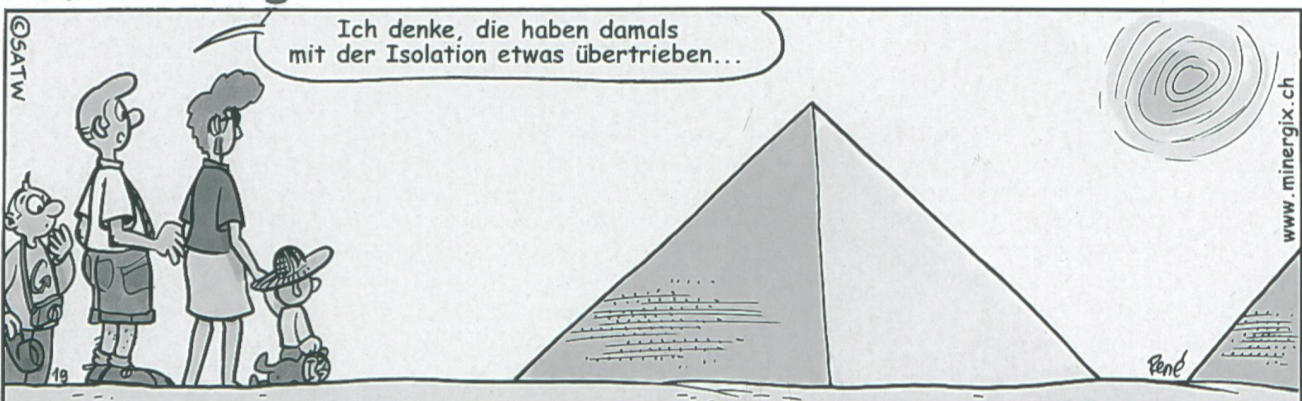
Energetisch noch wirksamer ist der neue Standard MINERGIE-P. Das «P» steht dabei für «Passivhaus», womit ein Gebäude mit komfortablem Innenklima ohne aktives Heizungssystem gemeint ist. Wegen des geringen Wärmebedarfs kann die benötigte Wärme in diesen Gebäuden über die Lüftungsanlage eingebracht werden. Einem rascheren Durchbruch des Bauens nach MINERGIE-Prinzipien stehen nach Andreas Eckmanns allerdings finanzielle Gründe entgegen, vorab das allzu billige Öl. Eckmanns: «Zu viel Energieverbrauch tut zu wenig weh.»

Vollzug. Gesetze nützen nichts, wenn ihr Vollzug nicht kontrolliert wird. «Die Kantone sind bemüht, durch verschiedene Massnahmen den Vollzug der energiepolitischen Vorschriften zu verbessern», fasst Jud seine Beobachtungen im Entwurf für den Jahresbericht 2002–2003 über den «Stand der Energiepolitik in den Kantonen» zusammen.

Kontrollorgane sind in der Regel die Gemeinden, die von kantonalen Fachinstanzen betreut werden. Schwachstellen im Vollzug bestehen zum Teil aufgrund mangelnder Baukontrollen, der geringen Priorität des Faktors Energie, fachlicher Überforderung der Baubehörden, mangelnder finanzieller und personeller Ressourcen.

Mit Gesetzgebung, Förderprogrammen, indirekten Massnahmen (Kommunikation, Ausbildung) und Vorbildfunktion ist die Tätigkeit der Kantone im Gebäudebereich noch nicht vollständig umschrieben. Die Kantone helfen nämlich auch massgeblich bei der Umsetzung freiwilliger Massnahmen von *EnergieSchweiz* mit. Viele sind an der Umsetzung des Gemeindeprogramms «Label Energiestadt» beteiligt oder in den Bereichen Abwärme- und Energienut-

Familie Minergix



Das Energie-Cartoon stammt von René Lehner. Auf der Website www.energieantworten.ch hat es noch mehr ...

zung aus Abwasserreinigungs- und Kehrtrichter-verbrennungsanlagen aktiv. In nahezu allen Kantonen gibt es überdies Solarstrombörsen.

Erfolge. Die Wirkung der kantonalen Energievorschriften im Gebäudebereich im Jahr 2002 liegen in der gleichen Grössenordnung wie die zusätzlichen Wirkungen der freiwilligen Massnahmen unter *EnergieSchweiz*. Das hat eine Studie gezeigt.

In Zahlen und verglichen mit einer virtuellen Referenzsituation ohne Vorschriften: Allein im Jahre 2002 sank der fossile Energieverbrauch der Kantone im Gebäudebereich durch energetisch effizientere Sanierungen und Neubauten um 940 Gigawattstunden. 310 000 Tonnen weniger CO₂ verpufften vergangenes Jahr in die Atmo-



Werner Setz, Inhaber Architekturbüro Setz, Rapperswil (AG):

«Dass der MINERGIE-Standard nicht verbreiteter ist, liegt weniger an der Technologie als vielmehr an der Trägheit gewisser Fachkreise,

die gewohnte Pfade nur ungern verlassen. Wir haben schon 15 MINERGIE-Häuser gebaut sowie drei Sanierungen nach MINERGIE-Standard durchgeführt. Unser MINERGIE-Passivhaus in Dintikon (AG) wurde mit dem Schweizer Solarpreis 2003 ausgezeichnet. Die Kunden loben neben der Energieeffizienz unserer Bauten die dank der Komfortlüftung gute Luftqualität und das angenehme Raumklima.»

sphäre. Diese Mengen entsprechen 0,4 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs bzw. 0,7 Prozent der CO₂-Emissionen. Auch der Ausstoss von Schadstoffen (VOC, NO_x, SO_x oder Partikel) konnte reduziert werden. Die Massnahmen hatten überdies volkswirtschaftliche Auswirkungen: Sie lösten Investitionen im Umfang von 1,3 Mia. Franken aus und schufen Beschäftigung für 5700 Personenjahre.

Sparmassnahmen. Das Damoklesschwert des bundesrätlichen «Entlastungsprogramms», das derzeit über dem Programm *EnergieSchweiz* schwebt, könnte auch Auswirkungen im Gebäudebereich haben. Andreas Eckmanns erinnert an die Konsequenzen der Bundesvorschrift zur Abschaffung der verbrauchsabhängigen Heizkostenabrechnung (VHKA) bei bestehenden Bauten (wo das Sparpotenzial grösser wäre als bei Neubauten): «Als der Bund das strich, nahmen auch manche Kantone davon Abstand.» Heute wenden nur noch 7 Kantone (29 Prozent der Bevölkerung) dieses Lenkungsinstrument an. Ähnlich, fürchtet Eckmanns, könnten kantonale Budgets schrumpfen, wenn der Bund seine Globalbeiträge reduziert. Die Folge: «Innovative Technik wird sich nicht mehr so gut in den Markt einbringen lassen, und die CO₂-Reduktion verläuft noch schleppender.»

In der Tat zeigen Prospektivstudien, dass es auch im Gebäudebereich schwierig sein wird, das CO₂-Ziel für 2010 (15 Prozent weniger Emissionen verglichen mit 1990) zu erreichen. Selbst wenn alle Neu- und Umbauten in der Schweiz gemäss MINERGIE-Standard realisiert



Patrick Hadorn und Hans-Peter Kocher, Biel (BE), Bauleitung GmbH:

«Der MINERGIE-Standard ist nur schwer zu erfüllen und wird von staatlicher Seite zu wenig

unterstützt. Die Planung muss dem Baubeginn weiter voraus sein als sonst. Das Haus sollte Richtung Süd-Westen ausgerichtet sein. Die grossen Fenster befinden sich mit Vorteil auf der Sonnenseite. Das A und O ist die Dämmung der Gebäudehülle. Daher müssen die Arbeiten sehr exakt ausgeführt werden, damit das Haus luftdicht ist.»

würden und der Ersatz von Öl durch Gas fortgeschritte, könnte das Brennstoffziel (15 Prozent weniger Verbrauch) bei den Gebäuden nur knapp erreicht werden.

Beschränkt begeistert ist Eckmanns schliesslich auch bezüglich des internationalen Hintergrunds. Zwar kann die Schweiz den MINERGIE-Standard mittlerweile über die Landesgrenzen hinaus als Erfolgsgeschichte buchen. Auch punkto einfache und übersichtliche Normen gilt die Schweiz als «beispielhaft».

Mit dem Erlass der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden freilich ist uns Europa heute voraus und hat (etwa mit einem Gebäudepass als Grundlage für Beurteilungen) wirkungsvolle Instrumente entwickelt. Eckmanns: «Im internationalen Vergleich können wir unsere Fitness noch steigern.»

KAMPAGNE

Energie sparen zahlt sich aus

EnergieSchweiz startet eine Kampagne für energiebewusstes Bauen und Sanieren.

«Energiebewusstes Bauen und Sanieren soll zum Standard werden und in jede Evaluation einfließen», lautet eines der wichtigsten Ziele der Gebäudekampagne 2004, mit der *EnergieSchweiz* im kommenden Jahr für mehr Energieeffizienz am Bau sensibilisieren will. Die Kampagne richtet sich an ein breites, am Bauen und Sanieren interessiertes Publikum: Baubranche, öffentliche Hand, Liegenschaftsverwaltungen, grosse und kleine Investoren – also vom Einfamilienhausbesitzer bis zum Industrieunternehmen oder der Grossbank. Die «Hauptkampagne» wendet sich an all diese Zielgruppen. «Subkampagnen» zusammen mit Partnern sollen die Botschaften weiter multiplizieren und sich dabei gleichzeitig auf einzelne Publikumssegmente spezialisieren.

Kernziel der Kampagne ist es, den Wissensstand über die massiven Energiesparpotenziale

in Gebäuden zu erhöhen. Sie will breit über die konkreten Möglichkeiten informieren, den Energieverbrauch zu reduzieren sowie erneuerbare Energien verstärkt einzusetzen. Gleichzeitig soll die Kampagne *EnergieSchweiz* und den MINERGIE-Standard in der Bevölkerung bekannt machen.

Hauptbotschaften. Die Kampagne, die von der Berner Werbeagentur *Contexta AG* sowie den Tochtergesellschaften *141 Worldwide* und *pr access* gestaltet wird, vermittelt vier Hauptbotschaften zum energiebewussten Bauen und Sanieren:

- Energieeffizientes Bauen und Sanieren bei Dach, Fassade, Fenster und Heizung bietet massive Sparpotenziale
- Energiebewusstes Bauen und Sanieren bringt langfristig ein attraktiveres Kosten-Nutzen-Verhältnis
- Energieeffizienz am Bau erhöht den Wohn- und Arbeitskomfort spürbar
- Das Programm *EnergieSchweiz* ist der Partner für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Die Kampagne arbeitet mit Kommunikationsmitteln wie Inseraten, Pressekonferenz, Medienarbeit, Messeauftritt oder Direct Mailings, die eine abgestufte Informationsvermittlung erlauben. Ein Haus ohne Türen und Fenster macht auf humorvolle Weise darauf aufmerksam, dass man nicht übertreiben muss, um bei der Gebäudehülle energieeffizient zu bauen oder zu sanieren.

Im Zentrum der Kampagne steht eine flächendeckend bekannt gemachte Internet-Plattform, die den Zielgruppen als Eingangsportale zu weiteren Informationen, Materialien und Planungsinstrumenten dient und den Partnern Tool-Kits für die eigenen Subkampagnen anbietet (individualisierbare Flyer, Messe-Module, PR-Texte usw.).

Die Gebäudekampagne 2004 wird am 28. November anlässlich der diesjährigen MINERGIE-Messe an einer Medienkonferenz lanciert. Bundesrat Moritz Leuenberger unterstreicht mit seiner Anwesenheit deren Bedeutung. Ursprünglich für zwei Jahre geplant, ist das Budget wegen der aktuellen Sparmassnahmen des Bundes vorerst für ein erstes Jahr gesichert.